

Inland

## **Mit Migros, Novartis & Co. die Menschenrechte voranbringen**

*Weil die Politik zögert, setzen die Promotoren einer nationalen Menschenrechtsinstanz auf die Wirtschaft: Vorbildliche Firmen und ein Förderverein sollen den Weg zur Trägerstiftung ebnen.*

**Von Bruno Vanoni, Bern**

Die Schweiz profiliert sich im Ausland mit ihrem Einsatz für die Menschenrechte - in der Uno findet ihr Reformvorschlag für einen Menschenrechtsrat zunehmend Gehör. Doch innerhalb der Landesgrenzen fehlt die unabhängige Instanz, welche Uno und Europarat ihren Mitgliedsstaaten empfehlen - zur Durchsetzung und Förderung der Menschenrechte im eigenen Land.

### **Langes Warten auf Calmy-Rey**

Um dieses Manko zu beheben, hat der Nationalrat schon vor zweieinhalb Jahren die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstanz befürwortet. Noch früher hat der Ständerat vom Bundesrat einen Bericht über mögliche Organisationsformen verlangt. Doch aus der raschen Prüfung des Anliegens, das Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz im Herbst 2002 versprach, ist nichts geworden. Das federführende Aussendepartement (EDA) zögert nun schon seit zwei Jahren, dem Bundesrat gestützt auf eine externe Studie konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Zum einen fürchtet Aussenministerin Micheline Calmy-Rey offenbar, dass der Bundesrat in seiner aktuellen Zusammensetzung das Anliegen vom Tisch wischen könnte. Zum andern vermögen die erwogenen Modelle nicht zu überzeugen. Bei Kantonen und Fachleuten fiel die Idee durch, die angestrebte Instanz aus den Präsidien der beratenden Kommissionen zu bilden, die sich etwa aus dem Blickwinkel der Rassismusbekämpfung, der Ausländerintegration oder der Gleichstellung mit Menschenrechten befassen. Der Alternativvorschlag, der Anti-Rassismus-Kommission ein umfassendes Mandat zu geben, könnte sich für dieses angefochtene Gremium kontraproduktiv erweisen.

### **Ein Gesetz und drei Millionen nötig**

Diesen «Minischritten» hat eine Arbeitsgruppe von Hilfswerken und Menschenrechtsorganisationen nun «ein kraftvolles Gegenmodell» gegenübergestellt, wie die Zürcher SP-Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi gestern an einer Tagung lobte. Sie engagiert sich seit vier Jahren mit dem St. Galler CVP-Ständerat Eugen David im Bundeshaus für eine nationale Menschenrechtsinstanz. Doch seit dem «Rechtsrutsch» in Bundesrat und Parlament sei das Vorhaben «blockiert».

Um aus der «ewigen Warteschlaufe» herauszukommen, propagierte Müller-Hemmi gestern einen Förderverein. Damit könne breitere Unterstützung in Kantonen, Gemeinden, Wissenschaft und Wirtschaft organisiert werden, um das nun vorgeschlagene Modell eines unabhängigen Instituts voranzubringen. Als Trägerschaft wird eine

öffentlichrechtliche Stiftung vorgeschlagen. Auftrag und Unabhängigkeit sollen - im Einklang mit den «Pariser Prinzipien» der Uno von 1993 - in einem Gesetz verankert werden. Das Budget des Instituts, das im Vollausbau mit 18 Mitarbeitenden knapp 3 Millionen Franken kostet, sollen Bund und Kantone finanzieren. Ziel sei nicht eine neue Nichtregierungsorganisation (NGO), die Menschenrechtsverletzungen denunziere, betont Daniel Bolomey, der Generalsekretär von Amnesty International. Das angestrebte Institut soll vielmehr Information, Bildung und Beratung anbieten, damit die unterschriebenen Menschenrechtsabkommen auch voll zur Entfaltung kommen. Dazu müssten Schweizerinnen und Ausländer ihre Rechte kennen und durchsetzen lernen. Doch auch Lehrkräfte, Polizisten, Behörden und Firmen bräuchten konkrete Hilfen, um in ihren Aufgaben den Menschenrechten gerecht zu werden.

Die Migros, die ihre Lieferanten weltweit auf die Menschenrechte verpflichtet, tritt denn auch offen für die Schaffung einer nationalen Instanz ein. Diese könnte Firmen helfen, die Einhaltung sozialer Standards zu überwachen und Verbesserungen zu erzielen, sagt Bernhard Moeri, der Ethikbeauftragte der Migros. Grundsätzliche Unterstützung hat laut Nationalrätin Müller-Hemmi auch Klaus Leisinger zugesagt, der Chef der Novartis-Stiftung und Sonderbeauftragte von Uno-Generalsekretär Kofi Annan für Global Compact.

#### **«In näherer Zukunft» im Bundesrat**

Global Compact ist ein Netzwerk für internationale Konzerne, die sich zu ökologischen und sozialen Prinzipien verpflichten. Die Promotoren der nationalen Menschenrechtsinstanz hoffen nun, dass sich die Schweizer Firmen aus diesem Uno-Netzwerk für das Anliegen engagieren - und so der Politik weiter Beine machen helfen. Bereits hat EDA-Sprecherin Carine Carey angekündigt, der vom Parlament gewünschte Bericht werde nun endlich «in näherer Zukunft im Bundesrat besprochen».

BILD DENIS BALIBOUSE/REUTERS

*Mahnend gegen aussen, zögernd im Innern: Bundesrätin Calmy-Rey in der Uno-Menschenrechtskommission.*